



## Entwickelt sich GMHütte zum „Klein-Las Vegas“?

### Spielothekenbesitzer freuen sich über Entscheidung des Landkreises

Mit der lapidaren Feststellung, daß „keine städtebaulichen Gründe erkennbar seien“, lehnte der Landkreis Osnabrück die von breiter politischer Übereinstimmung der Fraktionen des Rates getragenen Bemühungen ab, die Spielothek an der Hindenburgstraße zu verhindern. Damit stellte sich der Landkreis gegen einen Beschluß des Rates.

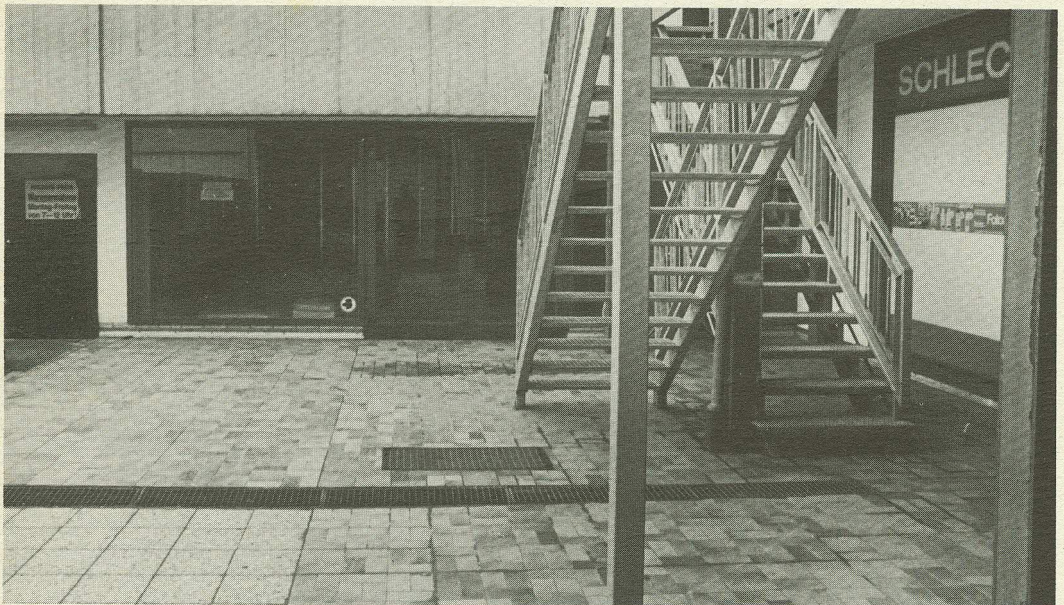
Im Kampf gegen die Spielotheken fiel der Landkreis dem Rat damit

in den Rücken. Für alle, die sich politisch besonders engagiert hatten, eine herbe Enttäuschung. War diese Niederlage vermeidbar? Hätte der Rat von vornherein klein beigeben sollen? Soll er weiteren Spielothekenanträgen, die vorliegen, seine Zustimmung geben?

Die Antwort kann sich aus Folgendem ergeben:

Dem Rat obliegt die politische Verantwortung, im Rahmen der

Gesetze nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden. Folgt der Ratsherr seinem Gewissen, kann er nicht ja sagen zu Spielotheken. Folgt er den Gesetzen, wird es kompliziert. Ich will vermeiden, die Leser an dieser Stelle mit ausführlichen juristischen Darlegungen zu langweilen, sondern nur darauf hinweisen, daß wir in unserer Rechtsordnung die Freiheit des Gewerbes kennen und daß sich in be-



Stein des Anstoßes: das Gebäude an der Hindenburgstraße, in das eine Spielothek einziehen soll.

stimmten Bebauungsplanbereichen einer Gemeinde (Kerngebiete) auch „anrühliches“ Gewerbe niederlassen darf. Ohne diese Entwicklung in den 60er Jahren vorauszuweisen, wiesen die früheren Gemeinden solche Gebiete zur Verdichtung der Bebauung vornehmlich für den Einzelhandel aus. Durch den Konzentrationsprozeß im Einzelhandel und die Ansiedlung großflächiger Einzelhandelsmärkte auf der grünen Wiese einerseits sowie die höheren Mieten, die Spielotheken und Sexshops zahlen können, andererseits, kommt es zu einem Wandel in den Kernbereichen, der letztlich zur Verödung ganzer Innenbereiche führen kann.

Der Gesetzgeber änderte daraufhin die Baunutzungsverordnung und ermöglichte es den Gemeinden, Spielotheken in solchen Gebieten auszuschließen, wenn der eigentliche Gebietscharakter in Gefahr gerät. Auf diese rechtliche Bestimmung stützte sich der Rat bei seiner Entscheidung.

Der Landkreis hingegen meint, daß eine Spielothek in diesem Gebiet noch nicht schädlich sein könne.

Obwohl wir weitere städtebauliche Argumente vortragen, wie

Nähe der Kirche und des Jugendheimes, Störung des geschäftlichen Gepräges und der Wohnungsnutzungen, geringes räumliches Ausmaß des Kerngebietes (ca. 50 x 150 m) und daraus resultierend, daß bereits eine einzige Spielothek zu einer Änderung des Gebietscharakters führen kann, lehnte der Landkreis dies ohne Begründung ab. Was anderen Städten nach dem Gutachten des Deutschen Instituts für Urbanistik erfolgreich gelang, nämlich Spielotheken in Bebauungsplan-gebieten auszuschließen, verhindert hier der Landkreis Osna-brück.

Weil es in Georgsmarienhütte nicht nur um die Spielothek an der Hindenburgstraße geht, sondern auch um Anträge für weitere Stadtteile, erhält die Entscheidung grundsätzliche Bedeutung. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, dürfte sie wegen mangelnder differenzierter Begründetheit und unzulässiger Beweislastumkehrung einer rechtlichen Überprüfung kaum standhalten. Im Ergebnis würde sie nämlich bedeuten, daß der Stadt GMHütte das Ausschließungsrecht verwehrt ist, wenn die Spielotheken sich gleichmäßig auf die in Be-

tracht kommenden Kern- und Gewerbegebiete der Stadtteile verteilen. Gegenüber großen Städten, die in ihren Innenbereichen erfolgreich von dem Ausschließungsrecht Gebrauch gemacht haben, wären Klein- und Mittelstädte insoweit benachteiligt.

Die SPD-Fraktion hielt es deshalb für sinnvoll, den Streit zwischen Stadt und Landkreis gerichtlich klären zu lassen. Doch leider konnte sich hierzu die CDU-Fraktion aus politischer Rücksichtnahme gegenüber dem Landkreis nicht entschließen. Auch die Stadtverwaltung war eher für als gegen die Spielothek.

Jetzt soll eine Arbeitsgruppe konzeptionelle Überlegungen anstellen, wie weiteren Spielothekentragen zu begegnen ist.

Was dabei herauskommen wird, interessiert vermutlich die Bürger kaum noch, sondern eher, wie sich die Stadt der künftigen Herausforderung stellen wird, die sich im Jahresbericht des Psychologischen Beratungszentrums für Eltern, Kinder und Jugendliche in Georgsmarienhütte wie folgt liest:

„Erstmals hat die Spielsucht (in GMHütte) zu Beratungsanlässen geführt.“ Dieter Selige

## Gefälligkeitsentscheidung

Ein Industriegebiet „im Grünen“ sollte es sein – damit wurden damals Zweifler am Industriegebiet Osterheide geködert. Was es mit Grün auf sich hat, kann jeder an der Osterheide sehen: Kaum Grün, dafür große versiegelte Flächen – vor allem in Form von Parkplätzen. Durchgesetzt wurde der Bebauungsplan bezüglich des vorgeschriebenen 5 m breiten Grünstreifens mit standortgerechten Pflanzen von der zuständigen Behörde bis heute nicht.

Nun hat die CDU-Mehrheit im Planungsausschuß auch die planungsrechtliche Festlegung eines 5 m breiten Grünstreifens für

die Grundstücke gekippt! Da einige Firmen sich nicht an die Festlegungen des Bebauungsplanes gehalten haben (dies möge mal der kleine Zweifamilienhausbesitzer tun!) und den Grünstreifen „minimiert“ haben, ändert die CDU-Mehrheit eben den Bebauungsplan.

Der Grünstreifen braucht nun nur noch 1 m breit zu sein – so wird nachträglich die Nicht-Einhaltung des Bebauungsplanes zu rechtgebogen.

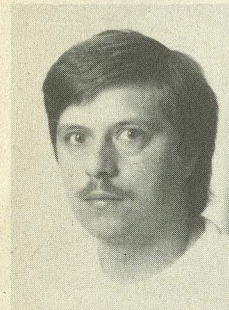
Einen wahrhaft humoristischen Abschluß hat sich dann die CDU mit ihrer Mehrheit im Umweltausschuß erlaubt: da ja nun die Fir-

men nicht mehr den 5-m-Grünstreifen vorhalten müssen, werden sie um eine Spende für die Anpflanzung von Bäumen an anderer Stelle angegangen; ökologische Ausgleichsmaßnahme wird so etwas genannt.

Übrigens: Ganz aktuell kann derzeit jeder verfolgen, wie der Staat mit Volkszählungsboykotteuren – also Rechtsbrechern im juristischen Sinne – umspringt. Die Nichtbefolgung eines Bebauungsplanes ist also kein Rechtsbruch – das wird nachträglich für rechtens erklärt.

Rainer Korte

## Wechsel in der Ortsvereinsführung



Helmut Tolsdorf, Vorsitzender des Ortsvereins Georgsmarienhütte, verheiratet, 31 Jahre, 2 Kinder, wohnhaft in Alt-GMHütte, Amselweg 9, aktiver Gewerkschafter in verschiedenen Funktionen, Mitglied der SPD seit 1972.

Die letzte Mitgliederversammlung wählte mich – Helmut Tolsdorf – zum neuen 1. Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins Georgsmarienhütte. In der gleichen Versammlung wurde Sigrid Konrad zur neuen Schriftführerin gewählt.

Klaus Kraegeloh, der den Ortsverein 9 Jahre hervorragend leitete, war zurückgetreten, um sich ausschließlich den politischen Aufgaben als Ratsherr und Sozialausschußvorsitzender zuwenden zu können.

Aufgrund der guten, bürgernahen Politik der SPD GMHütte waren bei den letzten Wahlen steigende Stimmenzuwächse zu verzeichnen. Trotz dieser guten Entwicklung sind die Ausgangsbedingungen für eine sozial gerechte, an sozialdemokratischen Grundsätzen ausgerichtete Politik z. Zt. noch ungünstig, da konservative Mehrheiten in Stadt, Kreis, Land und Bund die Politik bestimmen. Dies muß geändert werden, denn:

- Eine sozial ungerechte Steuerreform begünstigt völlig einseitig die Spitzenverdiener, die Folgen hat die breite Masse zu tragen und zu zahlen (Mehrwertsteuererhöhung?).
- Die Steuerreform ist nicht finanzierbar, so daß ausgegli-

chene Haushalte der Kommunen zur Utopie werden. Die Auswirkungen der Einnahmeverluste schlagen erst 1990 voll durch.

- Durch die Einnahmeverluste werden dringend notwendige öffentliche Aufträge nicht mehr vergeben werden können, mit der Folge steigender Arbeitslosigkeit.
- Notwendige Maßnahmen in der Stadtentwicklung, Kultur-, Sozial- und Jugendpolitik können nicht forciert werden, da die Mittel hierfür fehlen.
- Die Staatsverschuldung, jahrelang den Sozialdemokraten vorgeworfen, hat sich in den letzten 6 Jahren verdoppelt, von 414 Milliarden auf 802 Milliarden DM (die CDU kann nicht mit Geld umgehen). Die Ur-

chen hierfür liegen in bundes- und landespolitischer Konzeptlosigkeit, in Verbindung mit unfähiger Wirtschafts- und Finanzpolitik.

- In Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik hat sich die Regierung in Europa völlig isoliert und ist dabei, eine historische einmalige Chance der Abrüstung leichtfertig, aus ideologischer Engstirnigkeit, aufs Spiel zu setzen.

Ich möchte daher alle auffordern, sich stärker mit der Politik vor Ort kritisch auseinanderzusetzen, Anregungen zu liefern und mitzuarbeiten. Wer Interesse an der Arbeit der SPD in GMHütte hat, kann sich jederzeit an mich wenden (Tel. 322 59).

Helmut Tolsdorf



Dieter Selige (links) überreicht unserem langjährigen Geschäftsführer Friedel Timmermann als Ausdruck der Anerkennung seiner Verdienste um den Ortsverein ein Geschenk. Am rechten Bildrand der ehemalige Vorsitzende des Ortsvereins, Klaus Kraegeloh. Dieter Selige bezeichnete in seiner Würdigung das Bundestagswahlergebnis vom 25. Januar, bei dem die SPD in Georgsmarienhütte 3% mehr als im Durchschnitt des Landes Niedersachsen und 4,3% mehr als im Bundesdurchschnitt dazugewonnen hatte, als „gelungenen Schlußpunkt der Ära Kraegeloh“. Er hob die an Ausgleich und Vermittlung orientierten Führungsqualitäten des aus dem Amt scheidenden Ortsvereinsvorsitzenden hervor. Als „die Seele des Betriebs“ bezeichnete Dieter Selige Friedel Timmermann, der der Partei 14 Jahre lang als Geschäftsführer und als Schriftführer gedient hat und der sich nun mit ganzer Kraft seiner doppelten Aufgabe als Ratsherr und Kreistagsabgeordneter widmen möchte. Ohne Friedel Timmermanns umsichtige und aufopferungsvolle Organisationsstätigkeit hätte ein Ortsverein dieser Größe und Komplexität sich nicht aufrechterhalten können.

Foto: Helmut Tolsdorf

## Einkaufszentrum in Oesede

Heftig wird – noch größtenteils außerhalb der Öffentlichkeit – die mögliche Ansiedlung eines Einkaufszentrums in Oesede an der B 51 (westlich der Kirche) diskutiert.

Dazu einige grundsätzliche Contra-Argumente:

1. Großmärkte bauen insgesamt (bundesweit und regional) Arbeitsplätze ab, da sie Rationalisierungsmaßnahmen sind.
2. Auch GMHütte würde damit seinen Beitrag zur bundesweiten Konzentration und Monopolisierung im Lebensmittelbereich leisten.
3. Ein solcher Markt ist eine weitere Maßnahme zum schnellen, autogerechten und konsumorientierten Einkauf und Lebensstil. Wollen wir das in GMHütte?
4. Vermeintliche Preisvorteile für den Verbraucher sind ein Märchen: Einmal ist die Konkurrenz im Raum GMHütte–Osnabrück eh schon sehr groß, zudem wird die Konkurrenz ja heute nicht mehr in erster Linie über den Preis gemacht (höchstens mit einzelnen Angeboten, die in die Läden locken sollen).
5. Es wird eine Verlagerung der Läden von der Oeseder Straße hin zum Einkaufszentrum stattfinden, also eine weitere Wohnferne der Läden bewirkt.
6. Wie lange wollen wir eigentlich noch eine (Kommunal-) Politik nach dem Motto „mehr, moderner, größer, besser, schneller, glänzender usw.“ machen? Verbessern wir dadurch eigentlich unsere Lebensqualität, oder holen wir auch in Oesede noch den letzten in die große Gemeinschaft des Konsums (zum Wohle der großen Konzerne!)?

7. Wir haben gewisse moralische Verpflichtungen gegenüber Nachbargemeinden, nicht sämtliche Einkaufsmöglichkeiten in GMHütte zu konzentrieren.

8. Die Attraktivität (?) von Oesede nimmt weiter zu, die anderer Stadtteile nimmt ab – es werden bald reine „Schlafstädte“ sein.
9. Weitere Steigerung des Autoverkehrs in Oesede – wo soll die Grenze sein?
10. Ein solches Einkaufszentrum ist (mit geballtem Kapital im Rücken) in erster Linie Konkurrenz gegen die kleinen Läden, die dagegen auch mit der größten Raffinesse und Ideenvielfalt nicht mehr ankommen (vgl. Punkt 4).

Ich meine, wir sollten die jetzige Oeseder Straße mit bescheidenen Mitteln attraktiver gestalten und alle hochfahrenden Pläne – die vielleicht in einer Großstadt Platz hätten – ad acta legen.  
(13. 05. 1987) Rainer Korte

## CDU hat alles im Griff

Schon häufiger ist an dieser Stelle über die Aktivitäten der SPD im Umweltausschuß des Stadtrates berichtet worden. Voller Stolz konnten wir für die gesamte letzte Ratsperiode die SPD als den Hauptakteur der kommunalen Umweltpolitik verbuchen.

Die 5jährige, fast totale Passivität der CDU im Umweltausschuß ist von den 5 neuen CDU-Ratsmitgliedern deutlich beendet worden. Auch aus der CDU kommen jetzt zahlreiche Initiativen, Anträge, Vorschläge usw. Dieser Aktivitätsschub ist zu begrüßen und wird sicherlich die umweltpolitischen Diskussionen in GMHütte beleben.

Doch was kann der interessierte Bürger in der letzten Ausgabe der CDU-Stadtzeitung mit wachsendem Erstaunen lesen? Nicht etwa, daß die CDU aus ihrem um-

weltpolitischen Dornröschenschlaf erwacht ist, nein, Aussage dieses Artikels ist, daß die CDU neuerdings praktisch alles allein macht:

Z. B. werden folgende Punkte als „entscheidende Aktivitäten“ der CDU verbucht:

- Entschlammung der **Kasino-Teiche** (seit 2 Jahren im Ausschuß diskutiert, die Verwaltung hat verschiedene Vorschläge erarbeitet);
- Verringerung des **Trinkwasserverbrauches** (hierzu hat als einzige Fraktion die SPD ein detailliertes Konzept vorgelegt, die CDU hat dann mitgezogen);
- Einrichtung einer **Smog-Meßstelle** (diese Aussage ist eine schlichte Unverschämtheit, da eine solche Meßstelle in einem SPD-Antrag gefordert wurde und die CDU-Mehrheit im Ausschuß mühsam von der Notwendigkeit einer solchen Einrichtung überzeugt werden mußte);
- Unterstützung der **TÜV-Staubmessungen** (hier hat die CDU mit ihrer Mehrheit im Dezember '86 eine von uns geforderte Verdichtung des Meßstellen-Netzes abgelehnt!).

Abgesehen von diesem Ausrutscher in der CDU-Zeitung ist im Umweltausschuß selbst eine intensive und kooperative Arbeit und Diskussion vorhanden, wobei Konflikte sicherlich bei dem einen oder anderen Thema auftreten werden.

Rainer Korte

Herausgeber:  
SPD-Ortsverein GMHütte  
Verantwortlich im Sinne des  
Pressegesetzes:  
Johannes Köhne  
Sperberhöhe 27

Satz und Druck:  
Druckerei Lothar Günter,  
GMHütte, Schauenroth 13  
Auflage: 10 000 Stück

## Falken vom Hüttenmarkt ausgesperrt?

gig-Interview mit Karl-Heinz Diekmann

*gig:* Es gab Schwierigkeiten mit der Stadt GMHütte wegen Eurer Teilnahme am 4. Hüttenmarkt. Was ist das Ergebnis dieses Streites?  
*Diekmann:* Zunächst einmal möchten wir Falken uns auf diesem Wege ganz herzlich für die tatkräftige und solidarische Unterstützung durch die Bevölkerung bedanken. Ein ganz besonderer Dank gilt natürlich auch den Spendern, die dadurch vielen Kindern die Teilnahme an einem Ferienlager ermöglichen. Wir werden weiter sammeln, um noch mehr Kindern aus sozial schwachen und kinderreichen Familien die Teilnahme zu ermöglichen. In vielen hundert Gesprächen konnten wir unsere Arbeit vorstellen und die Solidarität der Bevölkerung erfahren. Das stärkt uns für die weitere Arbeit.

*gig:* Wie kam es überhaupt zu der Absage der Stadt?

*Diekmann:* Es existieren da viele falsche Vorstellungen. Richtig ist, daß die Stadt GMHütte die Einladung für die Falken an eine andere Adresse schickte, die Adresse hat nichts mit den Falken zu tun. Warum dies geschehen ist, kann niemand erklären. Hier räumt die Stadt Ungereimtheiten ein. Hier

wollten wir Klarheit und haben deshalb auch Fragen gestellt. Es lag uns fern, in irgendeiner Form von Erpressung zu sprechen – dies wurde von der Verwaltung so kommentiert. Wir haben uns nach Bekanntwerden des ersten Treffens (aller beteiligten Vereine und Verbände) mit der Verwaltung in Verbindung gesetzt, auf den Mißstand der nicht erfolgten korrekten Einladung verwiesen und nachgemeldet. Die Argumentation, die Falken hätten zu spät gemeldet und seien deshalb herausgefallen, stimmt also nicht. Wir hätten erwartet, daß, wenn Ungereimtheiten bei der Stadtverwaltung auftreten, diese auch unbürokratisch ausgeräumt werden.

*gig:* Euch wird vorgeworfen, daß ihr gegen die Liedertafel, die ihr 125jähriges Bestehen feierte, angezogen seid.  
*Diekmann:* Das ist ganz und gar aus der Luft gegriffen. Wir können dazu nur feststellen, daß wir uns freuen, wenn viele Vereine und Verbände den Hüttenmarkt bereichern. Wir wären traurig gewesen, wenn ein solcher Verein **nicht** anwesend gewesen wäre. Wir hätten uns unter bestimmten Umständen zugunsten der Liedertafel freiwillig

zurückgezogen. Wir wünschen der Liedertafel auch weiterhin viel Erfolg. Die Diskussion hierüber haben wir nicht entfacht.

*gig:* Was sagt die Stadt GMHütte zu den Vorwürfen?

*Diekmann:* Es hat am 21. 5. ein kurzes Gespräch mit Herrn Stadtdirektor Dr. Janning, Herrn Vorfeld, dem Kulturamtsleiter, dem Falken-Vorsitzenden Zimmermann und mir stattgefunden. Die Falken wurden aufgefordert, in der Öffentlichkeit alle Fragen zurückzunehmen, ansonsten würde von seiten der Stadt die Zusammenarbeit mit den Falken aufgekündigt. Man wollte kein Politikum. Wir Falken erklären hierzu, daß wir der Stadt GMHütte immer unsere Zusammenarbeit anbieten werden. Ebenso lassen wir uns auch nicht unter Druck setzen. Solange man in demokratischem Rahmen offene Fragen stellt, darf es zu keiner Beeinträchtigung der Arbeit kommen. Die rege Anteilnahme der Bevölkerung gibt uns Kraft für den weiteren Kampf. Wir werden unsere Arbeit im Sinne der offenen Jugendarbeit fortsetzen, ohne Wenn und Aber. – Weiterhin sollte offen diskutiert werden, ob man nicht den Hüttenmarkt auf der gesamten Hindenburgstraße durchführen sollte – bedenkt man, daß angeblich in jedem Jahr so viele Anmeldungen vorliegen. Dann wäre gewährleistet, daß noch mehr Vereine und Verbände sich darstellen können.

*gig:* Wir danken für dieses Gespräch.



Das Blödelbalett der Falken hat sich mittlerweile einen Namen gemacht.

Foto: Joh. Köhne

Damit die Falken trotz Absage ihre Zeltlager durchführen können, werden die Bürger von Georgsmarienhütte gebeten, die Falken mit einer kleinen Geldspende zu unterstützen: Kreissparkasse Osnabrück (BLZ 265 501 05) Konto-Nr. 3 456 407.

## Alfred Emmerlich: Leichtfertiger Umgang mit radioaktiv verseuchtem Molkepulver

Zu der Antwort der Bundesregierung auf seine schriftlichen Fragen vom 7. 4. 1987 erklärt Alfred Emmerlich:

Aus der Antwort der Bundesregierung ist zu entnehmen, daß der Bundesumweltminister radioaktiv verseuchtes Molkepulver an eine Firma in Georgsmarienhütte ausgehändigt hat, obwohl diese über keinerlei Sachkunde verfügt, die sie befähigt, mit derartigen Material umzugehen, es zu lagern, zu transportieren und damit zu experimentieren. Nach der Rechtsauffassung der Bundesregierung unterliegen der Transport, die Lagerung und die Beseitigung von radioaktiv verseuchtem Molkepulver keinen Beschränkungen. Das gleiche soll für Experimente, insbesondere Verbrennungsversuche gelten. Die Bundesregierung hält eine solche von ihr angenommene Rechtslage offenbar für akzeptabel.

Der Besitz, die Lagerung, der Transport, die Beseitigung von und Experimente mit radioaktiv verseuchtem Material müssen unter Genehmigungsvorbehalt gestellt werden. Nur so besteht die Möglichkeit, eine sachgerechte Behandlung durch ausreichend sachkundige und zuverlässige Personen zu gewährleisten und das Entstehen unabsehbarer Schäden für Menschen und Natur zu verhindern. Der Staat ist zu einer derartigen Schadensverhinderung verpflichtet. Diese Verpflichtung wird von der Bundesregierung offenbar nicht gesehen und infolgedessen nicht wahrgenommen.

Wie leichtfertig sich die Bundesregierung über mögliche Gefährdungen hinwegsetzt, ergibt sich daraus, daß sie ohne hinreichende Belege von einer luftdichten Verpackung der radioaktiv verseuchten Molke ausgeht und sich von der Annahme leiten läßt,

daß eine solche Verpackung geeignet ist, das Freiwerden von Radioaktivität zu verhindern. Die Bundesregierung muß einräumen, daß bei den Verbrennungsversuchen in Georgsmarienhütte Radioaktivität freigesetzt ist. Gleichwohl geht sie ohne weiteres davon aus, daß Menschen, insbesondere die bei den Verbrennungsversuchen Beteiligten, keine Schäden davongetragen haben können. Durch ihr Verhalten gefährdet die Bundesregierung das Vertrauen der Bürger in das Verantwortungsbewußtsein und die Verantwortungsbereitschaft staatlicher Organe beim Umgang mit der Radioaktivität.

## Klößnerhäuser

Ich werde häufiger von Bürgern zum Thema Erhalt der Klößnerhäuser angesprochen. Es taucht dann immer wieder die Frage auf: Lohnt es sich überhaupt, diese alten Bauten zu erhalten? Eine Frage, die wir nur mit einem klaren Ja beantworten können. Was sind uns die Häuser wert? Für uns sind sie ein Stück Kultur, ein Stück Arbeitergeschichte, die unsere Stadt besonders geprägt hat. Wir können und dürfen die Vergangenheit nicht auslöschen. In unserer schnelllebigen Zeit bleiben uns immer weniger Erinnerungen an alte Zeiten.

Man nehme unsere alte Villa Stahmer, auch hier präsentiert sich ein Stück Geschichte, zudem in reizvoller Lage. Es hat sich gelohnt, sie zu erhalten. So wird es sich auch lohnen, vier Dokumente der Vergangenheit in Gestalt der Klößner-Häuser zu erhalten. Wir sind der Meinung: Gemeinsam müßten wir es schaffen!

Karin Samarowski

## Finanzeinbußen in Millionenhöhe für Georgsmarienhütte?

Die katastrophale Finanzlage des Landes hat die Spitzenverbände der Kommunen Niedersachsens alarmiert. Durch einen Eingriff in das Finanzausgleichssystem sind seit dem 01. 01. 1987 für den Zeitraum bis zum 31. 12. 1990 den Kommunen zugunsten des Landeshaushaltes Mittel gestrichen worden, indem eine Begrenzung des kommunalen Aufkommenswachses in einer Größenordnung von bis zu einer Mrd. DM für den genannten Zeitraum verfügt worden ist. Auch außerhalb des Finanzausgleichs sind verschiedene kommunale Einnahmen beschnitten worden. Ferner ist durch die Steuerreform mit erheblichen Steuerminderungen zu rechnen. Und das vor dem Hintergrund, daß Ende 1986 bei nieders. Städten und Gemeinden das schlechteste Finanzergebnis seit vier Jahren zu verzeichnen ist. Besonders die kreisangehörigen Gemeinden und Landkreise haben an dem Gesamtdefizit von rund 450 Mio. DM einen Anteil von 376 Mio. DM.

Während die Steuereinnahmen in den nieders. Gemeinden im Jahre 1986 um 1,7% zurückgegangen sind, erzielte das Land Niedersachsen eine Steigerung um 4,8%. Diese Entwicklung trug dazu bei, daß die Schulden der Gemeinden Niedersachsens auf nunmehr über 16,1 Mrd. DM anstiegen, was einer Verschuldung je Einwohner in Höhe von 2.246,-DM entspricht.

Die Stadt Georgsmarienhütte wird angesichts dieser Situation leider von einigen wünschenswerten Projekten Abstand nehmen müssen.

Dieter Selige

## Falken-Zeltlager

Das große Jugendlager findet für Jugendliche ab 16 Jahren in diesem Jahr in Spanien statt. Ziel ist die Stadt Alcocebre bei Valencia. An diesem Zeltlager, das vom Bundesverband organisiert wird, nehmen Jugendliche aus 24 Nationen teil. Anmeldungen für dieses Jugendlager (04. 07.-24. 07. 1987) nimmt entgegen Jan Büdenhölzer, Birkhahnweg 15, Tel. (054 01) 2556.

Das zweite Kinderlager findet vom 17. 07.-04. 08. 1987 in Königsberg bei Bad Tölz statt. Dieser Zeltlagerplatz ist 15 ha groß und liegt ca. 40 km vor München. Anmeldungen und Informationen entweder bei Karl-Heinz Diekmann oder bei Frank Zimmermann.

Karl-Heinz Diekmann

## Tanz in den Mai

Wie in jedem Jahr, so war auch in diesem Jahr unser traditioneller „Tanz in den Mai“ im Kasino. Es war ein sehr schönes Fest mit sehr viel Stimmung. Unermüdlich konnte das Tanzbein geschwun-

gen werden, hierzu trug die hervorragende Kapelle „Casablanca“ bei. Sie spielten einfach alles, was das Herz begehrt. Das Blödelbalett der Falken sorgte für sehr viel Heiterkeit und wurde mit großem Beifall verabschiedet. Auch unsere Tombola war ein voller Erfolg. Daß dieses so war, haben wir zu einem großen Teil dem Einzelhandel zu verdanken, der auch in diesem Jahr reichlich gestiftet hat. An dieser Stelle möchten wir ihnen unseren besonderen Dank aussprechen, ebenso allen anderen Spendern und Helfern, die zum Gelingen des Festes beigetragen haben.

Karin Samarowski

## Liebe Hundehalter in Georgsmarienhütte!

Wer keinen Hund mag, ist nicht gleich ein Hundefeind, oder? Und wer einen Hund hält, ist nicht gleich ein Umweltverschmutzer, oder? Aber es gibt nach meiner

Meinung zu viele Hundehalter, die sich einen Dreck um den Dreck kümmern, den ihr Hund hinterläßt. Wir sind doch alle Hundefreunde und verstehen jeden, der sich über die vielen Hundehaufen an den Straßenrändern und auf den Bürgersteigen oder in den Vorgärten empört. Wir ärgern uns auch, oder? Deshalb bin ich der Meinung, daß es an der Zeit ist, sich Gedanken zu machen, wie jeder zur „Image-Pflege“ als Hundehalter beitragen kann!

Es ist doch für alle „Hundeausführer“ ein Leichtes, eine oder mehrere Tüten oder Gefrierbeutel einzustecken, mit denen dann der Hundekot aufgenommen wird, um ihn dem nächsten, der in unserer Stadt so zahlreich angebrachten Müllbehälter anzuvertrauen oder den landwirtschaftlichen Flächen als Dünger zuzuführen.

Ich empfinde es bei Spaziergängen oft als peinlich, mitanzusehen zu müssen, wie Hundebesitzer wegschauen, wenn ihr Hund sein „Geschäft“ macht, anstatt sich um seine Beseitigung zu kümmern.

Darum meine Bitte: Helft alle mit, das Image des Hundehalters in der öffentlichen Meinung zu verbessern und die Spazierwege, Bürgersteige, Vorgärten und anderes sauber zu halten.

Doch auch der Stadt stünde es gut an, mit den von uns eingebrachten Hundesteuern nicht nur zur Haushaltskonsolidierung beizutragen, sondern auch an bestimmten Stellen der Stadt sogenannte „Hundetoiletten“ einzurichten und Automaten aufstellen zu lassen, aus denen Hundebesitzer für wenig Geld sich das „Tütchen mit Schaufel“ erwerben können.

Wer Hundehaltung mit Steuern und Vorschriften belegt, ohne selbst etwas dafür zu tun, sollte überlegen, was vielen Menschen eine Hundefreundschaft bedeuten kann.

Friedel Timmermann



Seit 25 Jahren Mitglied der SPD ist Heinrich Flaspöhler (links), der im Rahmen des „Tanzes in den Mai“ für seine treue Verbundenheit mit der Partei geehrt wurde. Die Laudatio hielt MdB Dr. Alfred Emmerlich (rechts). In der Mitte Ortsvereinsvorsitzender Helmut Tolsdorf.

Foto: Joh. Köhne

# Demokratische Defizite bei der hehren Verteidigung des „C“

## Leserbrief zur Zöller-Lunte-Kontroverse

Herr Lunte veröffentlichte in der Märzausgabe der CDU-Zeitung „Stadt im Werden“ einen Artikel, der als Antwort auf ein in der „gig“ abgedrucktes Schreiben Heinrich Zöllers gedacht war. Das erstgenannte Schreiben hat mir aus mehreren Gründen Unbehagen bereitet.

In der Einleitung des Artikels finde ich den (schwer verständlich formulierten? ungenau abgedruckten?) Satz: „Diese Gleichsetzung allein zeigt schon die Geisteshaltung des Verfassers als Firma“. Wenn man auch darüber streiten kann, ob der Begriff „Firmenschild“ gut gewählt war, so geht doch Herrn Lunte Reaktion weit über das Ziel hinaus: Es ist unrecht und gefährlich, die „**Geisteshaltung**“ eines Andersdenkenden zu diffamieren und ihm (wie in dem erwähnten Schreiben mehrfach geschehen) mangelnde Sachkompetenz zuzuschreiben. Gefährlich ist ein solches Vorgehen bereits deshalb, weil es dazu verleitet, eine unangenehme Position leichtfertig abzutun und die **vorurteilsfreie** Auseinandersetzung zu vermeiden,

die von Herrn Lunte ausdrücklich gefordert wird („sine ira et studio“). Ferner zeigen die Ausführungen des Verfassers, daß ein Politiker eine Reihe unbestreitbarer Aussagen machen kann (siehe die Ausführungen über die Rolle der CDU als überkonfessionelle Partei), ohne die Wurzel der angeschnittenen Probleme zu berühren. Denn auf Herrn Zöllers **zentrales** Argument, daß die Ansprüche des Christentums so hochgesteckt sind, daß **keine** Partei – und sei es nur in der Namensgebung – den Eindruck erwecken darf, sie erfülle diese oder zumindest eher als andere Parteien – geht Herr Lunte nicht wirklich ein. Daß er die Bedeutung und Tiefe dieser Ansprüche nicht sehen konnte, zeigt die Tatsache, daß er sie auf eine Stufe mit den Ansprüchen anderer Parteien auf „Liberalität“ und „Sozialverhalten“ stellt. (Hier wird übrigens ein falscher Begriff verwendet; gemeint war vermutlich „Solidarität“/„Soziales Engagement“). So ist es auch nicht verwunderlich, daß der Autor hinter Herrn Zöllers Verweis auf die Notwendigkeit „echten Christentums“ eine überzogene „Selbsteinschätzung“ vermutet. Er übersieht, daß gerade die oben angedeutete Einsicht in die hohen Ansprüche, die das Evangelium an den Christen stellt, in der Erkenntnis resultieren muß, daß das eigene Verhalten und daß unsere Gesellschaft noch weit von diesen hochgestellten Zielen entfernt sind. (Als ehemaliger Kollege von Herrn Zöller hätte der Schreiber Ge-

legenheit gehabt zu erfahren, daß sich Herr Zöller zu dieser Erkenntnis ausdrücklich bekennt.) Andererseits muß es jedem in die politische Diskussion eingreifenden Bürger erlaubt sein, Ideale zu formulieren, um dem politischen Handeln einen Orientierungsmaßstab zu geben. Das gleiche beansprucht Herr Lunte für sich, wenn er Maßstäbe setzt, von denen er kaum glauben kann, daß sie augenblicklich in der Politik erreicht werden. (Oder wird diese Politik etwa stets geprägt von den „Geboten Gottes“ und der „Nächstenliebe“? Muß z. B. nicht jeder Christ, der die Anforderungen der Heiligen Schrift kennt, erblassen, wenn sich eine Partei „christlich“ und „sozial“ nennt und wenn zugleich Repräsentanten dieser Partei ein Glückwunschtelogramm nach Südafrika schicken, um Staatschef Botha zu seinem Wahlsieg zu beglückwünschen – also für die Aufrechterhaltung eines Regimes, dessen Strukturen ein Demokrat, vielmehr ein Christ ablehnen muß (nicht zuletzt auch, um die Glaubwürdigkeit der westlichen Demokratien und des Christentums in den Augen der um Gerechtigkeit kämpfenden Südafrikaner zu retten)? Ich stimme Herrn Lunte zu, wenn er sagt, daß auch Vertreter der Kirche(n) „Prüfsteine“ legen dürfen, daß Religion und Politik nicht trennbar sind. Dann müssen Christdemokraten aber auch tolerieren, daß auch Geistliche und Religionslehrer zu der Überzeugung gelangen können, daß auch andere Parteiprogramme „evangeliumsmäßige“ Elemente enthalten können – und dies möglicherweise in bestimmten Fragen in einem stärkeren Maße als das Programm der CDU), und daß solche Geistliche unter Umständen ihre Autorität in die Waagschale werfen, um Positionen zu vertreten, die der CDU fernstehen.

Abschließend bleibt zu bemerken, daß der warnende, abkanzelnde Tenor des Schreibens nicht zur Aussage- und Überzeugungskraft des Gesagten paßt; welchen Aussagewert hat z. B. die These, die Streichung des „C“ könne letztlich auf die Streichung einer Partei hinauslaufen? Wie kann eine solche Umbenennung die Substanz einer Partei gefährden, sofern sie ein solides Programm besitzt? (Oder wird hier doch – unbewußt – die Befürchtung artikuliert, daß im Falle einer Umbenennung die Stimmen vieler Wähler verlorengehen könnten, die heute glauben, eine katholische/christliche Partei zu wählen? Quod erat demonstrandum: Was es zu beweisen galt)

Ernst Josef Rütth

## CDU kneift

Die SPD hat Heinz Lunte nach Erscheinen seines Artikels „Das C bei der CDU“ („Stadt im Werden“, Nr. 100) gebeten, für das „gig-Forum“ eine argumentative Auseinandersetzung mit Heinrich Zöllers Ausführungen (gig Nr. 35) zu verfassen. Leider sah er sich dazu nicht in der Lage und ließ die gesetzte Frist verstreichen. Statt dessen drucken wir eine Zuschrift von Ernst Josef Rütth ab.

Die Redaktion

## Frühkapitalistischer Stil bei Schlecker?

„In der Kasse von Verkäuferin Erika L. entdecken drei Schlecker-Revisoren ein Plus von 57,02. Erika L. hatte versäumt, den Betrag als Plus zu verbuchen: „An diesem Tag herrschte ein Riesenandrang an der Kasse. Viele Kunden haben bezahlt, ohne das Wechselgeld abzuwarten. Ich wollte die Summe abends bei der Abrechnung verbuchen.“ Die Revisoren glaubten der Frau nicht. Sechs Stunden lang hielten sie die Mutter von zwei Kindern im Büro fest. Dann unterschrieb die Frau eine Schuldanerkenntnis in Höhe von 25 000 Mark und ihre Kündigung. Doch nicht genug damit. Anschließend fuhren die Revisoren mit der Frau zu ihrer Hausbank, um einen Kredit anzufordern. Als die Bank ablehnte, riefen die Schlecker-Revisoren die Polizei und durchsuchten die Wohnung von Erika L. Gefunden wurde nichts. Erika L. hat gegen ihre drei ehemaligen Vorgesetzten Strafanzeige erhoben. Das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Osnabrück unter dem Aktenzeichen 07-1157/8617 ist noch nicht abgeschlossen.“

Aus: JA 17 (1987), S. 45 f.